

Der Global Risks Report 2017: Zusammenfassung

Seit mehr als einem Jahrzehnt beleuchtet der Global Risks Report die Entwicklung globaler Risiken und ihre engen Verknüpfungen untereinander. Der Bericht zeigt zudem auf, dass anhaltende, langfristige Trends wie Ungleichheit und die immer stärkere soziale und politische Polarisierung Risiken verschärfen könnten, die zum Beispiel mit der schwachen wirtschaftlichen Erholung und der Geschwindigkeit des technologischen Wandels zusammenhängen. Diese Trends rückten 2016, angesichts wachsender Unzufriedenheit gegenüber der Politik, die sich in Ländern rund um den Globus bemerkbar machte, verstärkt in den Fokus. Am sichtbarsten zeigt sich die Spaltung zwar in den westlichen Ländern – mit dem britischen Votum, die Europäische Union zu verlassen, und Donald Trumps Sieg bei der Präsidentschaftswahl in den USA –, doch Gegenströmungen zu Wesensmerkmalen des nationalen und internationalen Status quo nehmen weltweit zu.

Die globale Risikolandschaft

Einen wichtigen Beitrag zur Analyse des Global Risks Report leistet der Global Risks Perception Survey (GRPS), der die unterschiedlichen Blickwinkel verschiedener Altersgruppen, Länder und Sektoren – Wirtschaft, Hochschulen, Zivilgesellschaft und Regierungen – vereint.

Anhand der diesjährigen Ergebnisse zeigen sich fünf große Herausforderungen, vor denen die Welt aktuell steht. Die ersten beiden sind wirtschaftlicher Natur – so bewerten auch die GRPS-Teilnehmer *wachsende Einkommens- und Wohlstandsdisparität* als den Trend, der den größten Einfluss auf die globalen Entwicklungen der kommenden 10 Jahre haben wird. Eine Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums ist also notwendig. Allerdings deutet der zunehmende Anti-Establishment-Populismus darauf hin, dass dies möglicherweise nicht mehr ausgereicht, um gesellschaftliche Brüche zu heilen. Eine **Reform der kapitalistischen Marktwirtschaft** muss daher ebenfalls auf der Agenda stehen.

Angesichts der Wahlüberraschungen im Jahr 2016 und des Aufstiegs einstiger Randparteien – was die Bedeutung nationaler Souveränität und traditioneller Werte in Europa und darüber hinaus betont – rangieren die gesellschaftlichen Trends der *wachsenden Polarisierung* und des *zunehmenden Nationalgefühls* unter den Top 5. Daher ist die **Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Identität und Gemeinschaft** eine weitere Herausforderung. Aufgrund des rasanten Haltungswandels bei Themen wie Gender, sexuelle Orientierung, Rasse, Multikulturalismus, Umweltschutz und internationale Zusammenarbeit fühlen sich viele Wähler – insbesondere die älteren und die weniger gebildeten – in ihren eigenen Ländern abgehängt. Die daraus resultierenden kulturellen Spannungen stellen den gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalt auf den Prüfstand und könnten, wenn sie ungelöst bleiben, zahlreiche weitere Risiken verstärken.

Die Anti-Establishment-Politik sieht die Ursache für die Verschlechterung der Aussichten am heimischen Arbeitsmarkt zumeist in der Globalisierung. Die Daten legen allerdings nahe, dass der **Umgang mit dem technologischen Wandel** eine weitaus größere Herausforderung für die Arbeitsmärkte darstellt. Innovation hat schon immer neue Jobs geschaffen und andere überflüssig gemacht. Möglicherweise wird sich dieser Prozess allerdings verlangsamen. Es ist kein Zufall, dass die Herausforderungen im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Legitimität von Politikern mit einem tiefgreifenden technologischen Wandel zusammenfallen.

Die fünfte große Herausforderung sind **Schutz und Stärkung unserer Systeme der globalen Zusammenarbeit**. Immer mehr Staaten wollen sich aus Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit zurückziehen. Eine anhaltende Verschiebung des globalen Systems von einer nach außen orientierten hin zu einer stärker nach innen orientierten Haltung würde zu tiefen Spaltungen führen. In vielen Bereichen – nicht zuletzt bei der anhaltenden Krise in Syrien und dem dadurch entstandenen Migrationsstrom – ist die Bedeutung der globalen Zusammenarbeit an den Verknüpfungspunkten, die die Risikolandschaft ausmachen, klarer denn je.

Weitere Herausforderungen, die globale Zusammenarbeit erfordern, betreffen den Umweltschutz, der dieses Jahr im GRPS besonders hervorsticht. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts hat sich eine Reihe von **Umweltrisiken** – insbesondere *Wetterextreme*, das *Scheitern der Maßnahmen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel* sowie *Wassernotstand* – als ein durchgängiges zentrales Merkmal der GRPS-Risikolandschaft herauskristallisiert. Eng damit verknüpft sind viele weitere Risiken, wie Konflikte und Migration. In diesem Jahr sind umweltbezogene Bedenken stärker denn je – alle fünf Risiken in dieser Kategorie wurden sowohl hinsichtlich ihrer Auswirkungen als auch ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit als überdurchschnittlich eingeschätzt.

Gesellschaftliche und politische Herausforderungen

Nach den Wahlschocks des vergangenen Jahres fragen sich viele, ob die Krise der großen Volksparteien in den westlichen Demokratien auch eine tiefere Krise der **Demokratie** selbst widerspiegelt. Das erste von drei „Schwerpunktrisiken“, die in Teil 2 des Berichts beleuchtet werden, untersucht drei zusammenhängende Gründe, die diese These stärken: die Auswirkungen des schnellen wirtschaftlichen und technologischen Wandels; die Verstärkung der gesellschaftlichen und kulturellen Polarisierung; und die Entstehung einer „postfaktischen“ politischen Debatte. Diese Herausforderungen des politischen Prozesses rücken politische Fragen in den Fokus, zum Beispiel wie sich wirtschaftliches Wachstum inklusiver gestalten lässt und wie zunehmender Identitätsnationalismus und vielfältige Gesellschaften in Einklang gebracht werden können.

Das zweite Schwerpunktrisiko steht ebenfalls mit der Funktionsweise von Gesellschaft und Politik in Zusammenhang: Hierbei geht es darum, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und private Aktivisten immer häufiger ein Eingreifen in den **bürgerlichen Raum** seitens Regierungen erleben. Dies reicht von Einschränkungen ausländischer Finanzierungen bis hin zu der Überwachung digitaler Aktivitäten und sogar körperlicher Gewalt. Obwohl in der Regel der Schutz vor Sicherheitsrisiken das erklärte Ziel solcher Maßnahmen ist, haben akademische, wohltätige und humanitäre Einrichtungen die Auswirkungen zu spüren bekommen, die auch die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Stabilität untergraben könnten.

Ein Problem, das der wachsenden Unzufriedenheit mit dem politischen und wirtschaftlichen Status quo zugrunde liegt, ist, dass Systeme der **sozialen Sicherung** ihre Belastungsgrenze erreicht haben. Das dritte Schwerpunktrisiko analysiert, wie die Unterdeckung staatlicher Systeme in zeitlichem Zusammenhang mit dem Rückgang arbeitgebergestützter Systeme der sozialen Sicherung steht; zu einem Zeitpunkt, zu dem aufgrund des technologischen Wandels Selbstständigkeit in der „Gig-Economy“ an die Stelle sicherer Langzeitjobs tritt. Das Kapitel schlägt einige Innovationen vor, die nötig sein werden, um die Lücken zu füllen, die in unseren sozialen Sicherungssystemen entstehen, wenn Einzelpersonen größere Verantwortung für Kosten schultern, die mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Krankheit, Behinderung und Alter verbunden sind.

Umgang mit der vierten industriellen Revolution

Der letzte Teil des Berichts untersucht die Beziehung zwischen globalen Risiken und den neuen Technologien der vierten industriellen Revolution (Industrie 4.0). Wir stehen vor einer drängenden **Regulierungsherausforderung**, wenn wir die Regeln, Normen, Standards, Anreize, Institutionen und andere Mechanismen einführen wollen, die nötig sind, um die Entwicklung und den Einsatz dieser Technologien zu gestalten. Die Regulierung sich schnell

entwickelnder Technologien ist eine komplexe Aufgabe: Ist die Regulierung zu restriktiv und erfolgt sie zu schnell, kann sie Fortschritt behindern; zu wenig Regulierung hingegen kann Risiken verschärfen und zu Unsicherheit bei potenziellen Investoren und Innovatoren führen.

Aktuell ist die Regulierung neuer Technologien lückenhaft: Einige werden streng reguliert, andere so gut wie gar nicht, da sie nicht in den Zuständigkeitsbereich einer der bestehenden Regulierungsbehörden fallen. Aus Sicht der GRPS-Teilnehmer brauchen wir vor allem bei zwei neuen Technologien bessere Regulierung: Biotechnologien – die in der Regel zwar streng reguliert sind, bei denen die Regulierung aber sehr langsam erfolgt – sowie künstliche Intelligenz (KI) und Robotik, ein Bereich, der weiterhin nur wenig reguliert ist. Ein Kapitel, das sich mit den **KI-bezogenen Risiken** befasst, betrachtet zum einen die Risiken, die entstehen könnten, wenn größere Entscheidungsgewalt von Menschen auf KI-Programme übertragen wird. Zum anderen richtet es den Blick auf die Debatte darüber, ob und wie sich auf die mögliche Entwicklung von Maschinen vorzubereiten ist, die über größere allgemeine Intelligenz verfügen als Menschen.

Abschließend beurteilt der Bericht die Risiken, die sich aus der Umgestaltung der **physischen Infrastruktur** durch Technologien ergeben: Durch eine stärkere Verflechtung verschiedener Infrastrukturnetzwerke wächst die Wahrscheinlichkeit, dass sich Systemausfälle – ob aufgrund von Cyberangriffen, Softwarefehlern, Naturkatastrophen oder anderen Ursachen – über die Netzwerke ausbreiten und die Gesellschaft auf unvorhergesehene Weise beeinflussen.